

# Das osteuropäische Wirtschaftsproblem.

Das Osteuropa-Institut Breslau. — Der deutsche Großhandel.

Von

Kommerzienrat Leo Lustig, Berlin.

Die kriegsverschorenen Mächte unter Führung Englands rüsteten sich, die gegen Deutschland und seine Verbündeten gerichteten Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenzen in Formen umzusetzen, die dem deutschen Gewerbe die gewaltigen Wirtschaftsgebiete in den westlich gelegenen Weltteilen abschneiden sollten. Der Wirtschaftskrieg soll mit einer Gräulichkeit und Brutalität in Szene gesetzt werden, als sei es darauf abgesehen, alle Quellen unserer nationalen Wohlstandsentwicklung zum Versiegen zu bringen, Deutschland als erfolgreichsten und gefährlichsten Wettbewerber auf dem Weltmarkt auszuschalten. Die Vertreter unserer großen Erwerbsstände haben eine Zeitlang solchen überstürzten tollkühnen Bestrebungen mit ruhiger Gelassenheit gegenübergestanden, weil sie sich von der Ueberzeugung leiten ließen, daß im Friedensschlusse unserer Gewerbetätigkeit die erforderliche Bewegungsfreiheit vertraglich zugesichert werden würde, und daß in dem hochentwickelten Weltwirtschaftsverkehr alle feindlichen gewaltsamen Maßnahmen zur Absperrung bedeutsamer Einfuhr- und Absatzgebiete keinen Platz mehr haben könnten, ohne das eigene Wirtschaftsleben auf das empfindlichste zu schädigen. Haben doch gerade die vier Jahre Kriegswirtschaft die schöpferische Kraft des deutschen Volkes, die deutsche Technik in das hellste Licht gerückt und gezeigt, in welchem kaum gestörten Umfange die Selbstversorgung ausschließlich mit Hilfe der heimischen Rohstoffe durchgeführt werden könne. Weithin hat sich schließlich auch im feindlichen Ausland die Meinung befestigt, daß es ein sehr gewagtes Experiment wäre, einen Wirtschaftskrieg auf Leben und Tod mit einem Lande zu verewigen, das wie Deutschland auf mannigfachen Gebieten bahnbrechend gewirkt und für wichtige gewerbliche Erzeugnisse, Kali, Farbstoffe u. a. eine Monopolstelle behauptet.

Solchen ruhigen, sachlichen Erwägungen hat aber in dieser Zeit ein blindwütiger Chauvinismus das Ohr geschlossen, und die englische Regierung, die lange Jahrzehnte hindurch allen schutzzöllnerischen Anfechtungen widerstanden, dürfte sich hauptsächlich im Hinblick auf den Ernst des vorgenommenen Wirtschaftskrieges für eine Abkehr von der bisherigen Wirtschafts- und Handelspolitik, insbesondere für die Abschaffung der Meistbegünstigungsklausel in den Handelsverträgen und für die Bewilligung von Vorzugszöllen im Verkehr mit seinen Dominions und Kolonien, für die unterschiedliche zolltarifäre Behandlung der Herkunftsländer, kurz für die Beseitigung des Freihandelsystems entschieden haben. Vorläufig erst „im Prinzip“, vielleicht, um den Kolonien, die dem Mutterlande in schwerer Zeit so hervorragende Dienste geleistet haben, vorerst ein Beruhigungspulver zu verabreichen. Niemand könnte aber England hindern, noch während des Krieges dem Wort die Tat folgen zu lassen und mit einem äußerst komplizierten Zolltarif aufzuwarten, der für die deutsche Einfuhr Prohibitivzölle festsetzt.

Daß sich Frankreich, dessen auswärtiger Handel Schritt vor Schritt vor dem deutschen zurückweichen mußte, für den Wirtschaftskrieg begeistert, kann nicht wundernehmen, ebensowenig die Haltung des hinführenden Italiens. Wesentlich kommen dabei die Vereinigten Staaten von Amerika in Betracht, denen wir 1913 noch für 1711 Millionen Mark Waren abkauften, während sie selbst nur für 713 Millionen von uns bezogen. Willig leistet der Wirtschaftskoloß, mit Herrn Wilson an der Spitze, England Gefolgschaft und hat aus leicht erkennbaren — natürlich geschäftlichen — Gründen seine Mitwirkung beim Wirtschaftskriege gegen Deutschland, insbesondere bei der Kontrolle der Rohstoffe in Aussicht gestellt. Von jeher hat man in der Union den deutschen Wettbewerb, namentlich auf dem südamerikanischen Markte, als äußerst lästig und kostspielig empfunden, und noch kürzlich hatte das Handelsamt der Vereinigten Staaten von Amerika in einer Veröffentlichung darauf hingewiesen, daß „die zukünftige Wohlfahrt des Landes teils von Deutschlands Verlust an Sympathie auf allen seinen alten Märkten, teils von Amerikas Fähigkeit abhängt, sein neugewonnenes Prestige aufrecht zu erhalten“. Die amerikanische Geschäftswelt dürfe nicht den Fehler begehen, die Fähigkeit der Deutschen im Außenhandel zu unterschätzen, die Energie, den Fleiß und die Klugheit, womit die deutschen Geschäftsleute zu Werke gehen, um zurückzugewinnen, was sie auf den früher beherrschten Märkten gewonnen haben. Es wird den Amerikanern geraten, sich mit den deutschen Methoden des Außenhandels vertraut zu machen und aus der kunstvollen und mächtigen Organisation zu lernen, die in Deutschland in den letzten 20 Jahren mit Hilfe der Regierung aufgebaut worden sei.

Man erkennt hieraus das Dichten und Trachten der amerikanischen Geschäftspsyche; man weiß aber auch, wie man im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten eifrigst bemüht ist, die Absatzgebiete auch auf Kosten des englischen Handels zu erweitern. Berichtete doch kürzlich u. a. ein englisches Handelsblatt mit verhaltenem Groll, daß die Ausfuhr Amerikas nach Indien auf Kosten des Mutterlandes während des Krieges um das Dreifache, nämlich auf 125 Millionen Mark, gestiegen sei. Bruchstückweise, aber mit schmerzvoller Resignation, berichten englische Fachblätter öfters von der erfolgreichen Ausbreitung des japanischen Außenhandels in Gebieten, die früher die englische Handelsmarine beherrschte.

Dadurch fühlt sich England in seinem Lebensnerv auf schwerste getroffen, und es kann ihm nur einen schwachen Trost gewähren, wenn es seine Verbündeten, die mehr und mehr in ein Vasallentum zu ihm herabsinken, zu einem Wirtschaftskriege gegen Deutschland verschwört. Aber wenn wir auch nicht annehmen können, daß die auf diesen gesetzten Hoffnungen unserer Feinde der Erfüllung nahegeführt werden, so dürfen sich doch Deutschlands Handel und Industrie nicht der Verpflichtung überheben, zu einem Gegenschlage auszuholen: die Blicke nach dem Osten und Südosten zu richten, wo gewaltige Wirtschaftsgebiete zum Teil noch der Aufschließung, zum Teil der intensiveren Bearbeitung der Bodenschätze harren.

In solcher Erkenntnis hat das preußische Kultusministerium vor kurzer Zeit dem Auslandsstudium sowohl vom Standpunkt der allgemeinen Wissenschaft wie im Interesse der deutschen Kulturpolitik neue Wege gewiesen. Und es ist das Verdienst der Friedrich-Wilhelms-Universität und der Technischen Hochschule in Breslau, mit Magnifizenz Schott und Heinel an der Spitze, wenn dort ein Osteuropa-Institut begründet wurde, dessen Ziele auf die wissenschaftliche Erforschung der osteuropäischen Länder gerichtet sind. In dem Aufruf zur Begründung dieses Instituts wurde aber zugleich nachdrücklich betont, daß es jetzt darauf ankomme, „Deutschlands Weltstellung fest zu verankern, der weltpolitischen Phantasterei ein Halt zu bieten, dem nüchternen Wirtschaftswesen Bahn zu brechen, der allein der gerade Grundlage weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Erfolge sein kann“.

Und Prof. Dr. Simmersbach, Breslau, der viele Jahre lang in der russischen Industrie tätig war, beklagt die bisherige Vernachlässigung des Osteuropastudiums und daß die Bedeutung Osteuropas für unser Vaterland nur von wenigen Vertretern des Handels, der Industrie und der Agrarwirtschaft genügend anerkannt werde.

Weitsichtig hat der Arbeitsausschuß des Osteuropa-Instituts unter Führung seines Vorsitzenden, des Dekans der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät, Professor Dr. Adolf Weber, der neben Gelehrten aller Fakultäten Verwaltungsbeamte und angesehene Vertreter unserer großgewerblichen Tätigkeit angehören, sein Programm aufgestellt und für die Forschung folgende Abteilungen in Betracht gezogen: 1. Land- und Forstwirtschaft, 2. Bergbau und Hüttenkunde, 3. Handel, Verkehr und Industrie, 4. Soziologie und Statistik, 5. Rechtskunde, 6. Religionswissenschaften, 7. Sprachwissenschaften und Literatur.

Es sind Aufgaben von außerordentlicher Tragweite, deren Lösung das neugegründete Institut anstrebt, und da ihm sowohl vom Kultusministerium und den Rektoren der beiden Breslauer Hochschulen mit ihren Lehrkörpern als auch von Großhandel und Industrie wirksame Förderung zuteil geworden ist, so wird gehofft, daß es noch vor Ablauf dieses Jahres in einer seiner Bedeutung würdigen Ausgestaltung ins Leben treten wird. Voraussetzung für eine ersprießliche Wirksamkeit bleibt dabei freilich die Opferwilligkeit von Selbstverwaltungskörpern, wirtschaftlichen Interessenvertretungen und Privatleuten, da die Staatszuwendungen für solche Unternehmen in der Regel nur beschränkt zu sein pflegen.

Die im Zentralverband des Deutschen Großhandels vereinigten Berufsgenossen haben die Bedeutung des Osteuropa-Instituts für die Entwicklung unserer Weltwirtschaft vollkommen klar erkannt und werden sich seine Förderung nach Kräften angelegen sein lassen. Sie verkennen keineswegs die Schwierigkeiten, die sich ihrer Pioniertätigkeit in Ländern entgegenstellen, die großenteils noch als terra incognita im Sinne modernen Weltverkehrs angesprochen werden müssen und die durch die Kriegswirren schwer gelitten haben. Das gilt zum erheblichen Teile auch von Rußland, trotzdem uns Handelsbeziehungen mit ihm verbanden, die in Ein- und Ausfuhr 1912 und 1913 auf 2207 bzw. 2304 Millionen Mark bewertet wurden. Der Krieg hat unseren Außenhandel zerstört, und wenn es sich jetzt darum handelt, wieder aufzubauen, so wird der Erfolg um so mehr gesichert, je gründlicher wir dabei ans Werk gehen. Das zaristische Rußland hat der auswärtigen, insbesondere auch der deutschen Betätigung der Industrie und des Handels bedenkliche Grenzen gezogen: die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Osteuropa und Deutschland haben nicht einmal zu einer einigermaßen befriedigenden Kenntnis der wichtigsten Rechtsquellen und Einrichtungen geführt. Darin wird nunmehr baldigst Wandel geschaffen werden ohne Rücksicht auf den von England betriebenen Wirtschaftskrieg. Die englischen und amerikanischen Großkapitalisten und Großbanken waren sich ihres Zieles wohl bewußt, als sie im ersten Stadium des Krieges gewaltige Summen in Rußland anlegten zur „Erschließung“ des Landes. Nach den neuesten Vorgängen an der Murmanküste und in Sibirien darf es wohl als ausgeschlossen gelten, daß anglo-amerikanische Sympathien in Osteuropa längeren Bestand haben sollten. Das gleiche gilt vom Balkan; seine Länder sind durch den Krieg mit Deutschland in engste Berührung gekommen, und es unterliegt nicht mehr dem geringsten Zweifel, daß unsere wirtschaftlichen Beziehungen über den Balkan hinweg auch mit der asiatischen Türkei einen lebhaften Aufschwung nehmen werden, einen um so lebhafteren, je mehr es sich das Osteuropa-Institut angelegen sein läßt, uns mit dem ganzen Kulturleben der Völker vertraut zu machen und die im Weltkriege angeknüpften Bande zu festigen.